Staatskanzlei



Briefing zu aktuellen EU-Themen für den Europa-Ausschuss des Landtages am 2. März 2016

(Das vorangegangene Briefing erfolgte am 13. Januar 2015)

Erklärung zum Haftungsausschluss: Die Staatskanzlei ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Staatskanzlei übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich.

Der nachfolgende Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Diese Seiten haben i.d.R. der Zusammenfassung im Rahmen des Briefings zugrunde gelegen. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, die Staatskanzlei macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen. Die Staatskanzlei hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

Inhalt

1.	Übergreifende Themen	4
	Europäischer Rat am 18./19. Februar 2016: Kaum Fortschritte bei Migration, Einigung auf einen "De GB	
	Erste Sitzung der REFIT-Plattform: Bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse	5
	Europäisches Semester 2016: Weiter Kritik an Deutschland wegen seiner Überschüsse	5
	AdR-Entschließung zum Europäischen Semester: Bessere Einbindung der Regionen	5
	Konsultation zum Transparenzregister eröffnet	6
2.	Inneres	6
	Rat Justiz und Inneres: Wenig Bewegung	6
	Bericht der Kommission über die Flüchtlingssituation in Europa (Februar 2016)	6
	Lage von Kindern in der Migration	7
	Asylrecht: Nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	7
	Kommission mahnt Verbesserung beim Grenzmanagement in Griechenland an	8
	Europäisches Zentrum für Terrorismusbekämpfung eröffnet	8
	Aktionsplan gegen Terrorismusfinanzierung	
	EU – USA: Neues Abkommen für den Datenaustausch	
	EuGH: Ahndung von grenzüberschreitender Vermittlung von Sportwetten	
3.	Justiz	9
	Erfassung von Strafregistereinträgen von Nicht-EU-Bürgern	9
	Bundesverfassungsgericht entscheidet über Auslegung von EU-Recht	9
	EP stimmt Richtlinie zur Unschuldsvermutung zu	10
4.	Finanzen	10
	Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuervermeidung	10
	Öffentlicher Schuldenstand im Euroraum sank auf 91,6% des BIP	10
	Rückgang des saisonbereinigten öffentlichen Defizits im Euroraum auf 1,8% des BIP	
5.	Wirtschaft, Bau, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel	11
	Zahlen für das regionale Bruttoinlandsprodukt 2014: MV legt leicht zu	
	Kommission startet Konsultation zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Förderperiode 2007-13	
	Entschließung zur Rolle der Kommunen bei den Strukturfonds	11
	Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) legt Zwischenbericht vor	11
	Investitionsoffensive für Europa: neue Leitlinien für die Kombination des Investitionsfonds EFSI u Strukturfonds	
	Regionen können sich online für die RegioStars 2016 bewerben	12
	EU-Kommission veröffentlicht Beihilfe-Scoreboard für 2015	12
	Kommission: Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure EU-rechtswidrig	12
	Zwölfte Verhandlungsrunde zu TTIP	
	Überarbeitete Fassung des Freihandelsabkommens mit Kanada mit neuem ISDS	13
	Deutscher Richterbund hält Investitionsgerichte in TTIP für rechtswidrig und überflüssig	
	Vollständiger Wortlaut des Freihandelsabkommens mit Vietnam veröffentlicht	
	EP nennt Bedingungen für TiSA (Abkommen über den Dienstleistungshandel)	14
6.	Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Verbraucherschutz	14
	Lage auf den Märkten für Schweinefleisch und Milchprodukte weiter kritisch	14
	EU-Agrarexporte höher als in den Vorjahren	15
	Exporte von europäischen Äpfeln und Birnen in die USA rücken näher	15
	Direktzahlungen: Weniger strenge Sanktionierung von Verstößen	
	Rechnungshof: Drei Viertel der Ökoausgaben in der Landwirtschaft nicht kosteneffizient	
	Kommission nimmt Zulassung für vier Gentechnik-Maissorten zurück	
	Europäisches Parlament gegen Vermarktung von Gensoja	
	Statistisches Jahrbuch 2014 über die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	
	EuGH zu Dresdner Waldschlösschen-Brücke: Nachträgliche Prüfung möglich	16

	Europäisches Parlament besorgt über anhaltenden Artenverlust	16
	Ljubljana ist Umwelthauptstadt 2016	16
	Parlament lehnt Rechtsakt zu Säuglings- und Kleinkindernahrung ab	17
	 EU sagt für 2016 bis zu 161 Mio. Euro für den Kampf gegen Tierkrankheiten und Zoonosen zu 	17
7.	Bildung, Wissenschaft, Kultur	17
	Erasmus+: Jahresbericht 2014, Mehr Geld für Inklusionsprojekte	17
	• Schulwettbewerb: "Vielfalt statt Einfalt? – Migration, eine Herausforderung für die EU"	17
	Kurzbericht: Qualifikationsrahmen in Europa	
	Abschlussbericht zum 7. Forschungsrahmenprogramm 2007-2013 veröffentlicht	18
	Europäische Kulturhauptstädte 2016 – Wrocław und San Sebastian	
	20 EU-geförderte Filme auf der diesjährigen Berlinale	
	"Schneewittchen" mit der Deutschen Tanzkompanie in Brüssel	18
8.	Energie, Verkehr, Infrastruktur, Landesplanung	18
	Überarbeitung der Regeln für Infrastrukturbeihilfen in Häfen und Flughäfen	18
	 Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Bericht zum Hafenpaket an 	19
	Zweite Ausschreibungsrunde Connecting Europe deutlich überzeichnet	
	 Kommission will Vorschriften zur Zulassung und Überwachung von PKW verschärfen 	
	EP lässt Grenzwerte für Dieselemissionen passieren	
	EU zu über 50 % von Energieimporten abhängig	
	Energie-Winterpaket: Schwerpunkt auf Versorgung mit Gas	
9.	Beschäftigung, Soziales, Jugend, Gesundheit	
	EuGH: Keine Grundsicherung für EU-Ausländer in den ersten drei Monaten	
	EuGH: Wohnsitzauflage für Personen mit subsidiärem Schutzstatus	
	Europäische Säule sozialer Rechte soll Arbeitnehmerschutz ergänzen	
	Europäischer Berufsaufweis: Mehr Mobilität beim Arbeiten in Europa	
	EU-Versicherungsaufsicht sieht Finanzierungslücken bei Betriebsrenten	
	Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit vom EP gebilligt	
	Empfehlung zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt	
	Gründung des Europäischen Medizinischen Korps	
	Sicherheitsmerkmale für Verpackungen von Arzneimitteln	
10.	Meerespolitik, Ostsee	
	Vorstandssitzung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen in Haarlem	
	Abschlusskonferenz des Projekts "Vasco da Gama" in Brüssel	
	Kommission kündigt Ausschreibung für "Blaues Wachstum" an	
	Kommission stellt Konsultationsergebnisse zur Meeres-Governance vor	
11.	Medien, Digitaler Binnenmarkt	
	Besserer Internetzugang für Mobilfunkdienste	
	Ergebnisse der Konsultation zu Standards im digitalen Binnenmarkt	24
12.	Ausschuss der Regionen	
	116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	24
13.	Laufende Konsultationen (wenn nicht im Text erwähnt)	25
14	Terminyorschau	26

1. Übergreifende Themen

Europäischer Rat am 18./19. Februar 2016: Kaum Fortschritte bei Migration, Einigung auf einen "Deal" mit GB

Die Diskussion zur Migration am 18. Februar brachte kaum inhaltliche Fortschritte, sondern beschränkte sich im Wesentlichen auf eine aktuelle Bestandsaufnahme, auch auf der Grundlage des kurz zuvor von der Kommission vorgelegten neuesten Sachstandsberichts (s.u.). Wegen der zentralen Bedeutung des mit der Türkei vereinbarten Aktionsplans (siehe vorangegangene Briefings) konnte eine inhaltliche Debatte nach der Absage der Teilnahme des türkischen Ministerpräsidenten nicht geführt werden. Das Treffen im Format 28 plus 1 soll bereits am 7. März 2016 nachgeholt werden. Mit diesem Format wird unterstrichen, dass es um eine gemeinsame Anstrengung aller Mitgliedstaaten geht. Auch wenn noch immer nicht alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag zum Hilfsfonds geleistet haben, gehen die Vorbereitungen für konkrete Projekte voran.

In den Schlussfolgerungen wird bestätigt, dass es darum geht, die Migrationsströme einzudämmen, die Außengrenzen zu schützen, illegale Migration zu verringern und die Integrität des Schengen-Raums zu erhalten. Ausdrücklich wird ein Ende der "Politik des Durchwinkens" und der unkoordinierten Maßnahmen entlang der Westbalkan-Route eingefordert. Die von einigen Mitgliedstaaten unmittelbar vor und auch nach dem ER ergriffenen Maßnahmen stehen also im Widerspruch zum Text der Schlussfolgerungen.

Zum <u>GB-Referendum</u> gab es – trotz des erkennbaren gemeinsamen Willens, GB in der EU zu halten - die erwartet langwierigen Verhandlungen, die erst am späten Abend des 19. Februar 2016 zu einer Einigung führten. PM Cameron kann darauf verweisen, dass er in allen vier von ihm geforderten "Körben" (Euro, Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität, Zuwanderung/Sozialleistungen, siehe Briefing vom Dezember 2015) etwas erreicht hat.

Die Einigung ist in die <u>Form</u> eines Beschlusses der Mitgliedstaaten mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gefasst, der die Interpretation einschlägiger Bestimmungen des Vertrages durch die "Herren der Verträge" festhält. Vorbild sind entsprechende Beschlüsse im Anschluss an die Referenden in Dänemark 1992 und Irland 2009. Alle Vereinbarungen stehen unter der Bedingung, dass das – für den 23. Juni 2016 angesetzte – Referendum zu einem Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU führt.

Streitig waren vor allem das Verhältnis zwischen Teilnehmern/Nichtteilnehmern an der <u>Eurozone</u>, mögliche Sonderrechte für GB bei der Bankenaufsicht und die Sozialleistungen. Bei Entscheidungen, die Auswirkungen auf GB haben können, kann der ER befasst werden, aber am Ende entscheidet der Rat (ggf. mit Mehrheit). Die Kompromissformulierung zur Bankenunion verweist auf die einheitlichen Regeln, lässt aber Raum für eine gewisse Flexibilität.

Im Hinblick auf die <u>Sozialleistungen</u> werden einige Bestimmungen des Primärrechts (restriktiv) interpretiert. Die Kommission übernimmt die Verpflichtung, Änderungen des einschlägigen Sekundärrechts vorzuschlagen, das die Gewährung gewisser Sozialleistungen regelt (Kindergeld, Lohnzusatzleistungen). Eine Anpassung des Kindergelds an das Niveau des Landes, in dem das Kind lebt, soll sofort nach Inkrafttreten der neuen Regelung für Neuanträge gelten, ab 2020 auch für "Altfälle. Für (beitragsunabhängige) Lohnzusatzleistungen ist eine "Notbremse" bei (nachzuweisender) Überforderung des Sozialsystems vorgesehen, über die der Rat entscheiden muss (nicht wie von GB gefordert der betroffene MS allein). Einschränkungen für die betroffenen Arbeitnehmer darf es nur degressiv über maximal 4 Jahre geben, und die Mitgliedstaaten dürfen diesen Mechanismus höchstens für sieben Jahre anwenden. Voraussetzung ist auch hier eine Änderung des Sekundärrechts, die so schnell wie möglich erfolgen soll. EP-Präsident Schulz hat "konstruktive Haltung" des EP zugesichert, allerdings könne er für ein bestimmtes Ergebnis der Abstimmung "nicht garantieren".

Im Korb "Souveränität" liegt die Betonung auf einer Beschreibung des bereits bestehenden Sonderstatus des Vereinigten Königreichs und der Zusage, dass es den Weg der immer engeren Union nicht mitgehen muss. Die Rechte nationaler Parlamente im Verfahren zur Prüfung der Subsidiarität werden (entgegen dem Wortlaut des Vertrages) ausgeweitet: Verlängerung der Frist von 8 auf 12 Wochen und de facto "rote Karte", wenn sich 55% gegen eine Vorschlag aussprechen (dann verpflichten sich die MS als Ratsmitglieder, das Gesetzgebungsverfahren nicht fortzuführen).

Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit wird erneut die Bedeutung der "Besseren Rechtsetzung" und der Abschaffung überflüssiger Regelungen (REFIT) unterstrichen; dabei liegt der Fokus auf einer Minderung der administrativen und finanziellen Belastung der Unternehmen, insbesondere KMU. Gleichzeitig soll die Vollendung des Binnenmarktes als einem "Treiber" der Wettbewerbsfähigkeit vorangetrieben werden.

Ob die Vereinbarung für die innenpolitische Debatte und die Wählerentscheidung wirklich eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, ist fraglich; die zu erwartenden Reaktionen der erklärten Gegner der Mitgliedschaft ließen nicht lange auf sich warten.

Im außenpolitischen Teil der Schlussfolgerungen bekräftigt der Europäische Rat seine Haltung zu Syrien und Libyen. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters wurden ohne weitere Aussprache gebilligt. Außerdem wird noch einmal die Bedeutung der Freihandelsabkommen (einschließlich TTIP) betont.

Schlussfolgerungen: http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-1-2016-INIT/de/pdf

Erste Sitzung der REFIT-Plattform: Bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse

Nachdem sich Rat, Parlament und Kommission im Dezember 2015 auf eine Vereinbarung zur "Besseren Rechtsetzung" geeinigt hatten (siehe Briefing vom Januar 2016), fand am 29. Januar 2016 die erste Sitzung der REFIT-Plattform statt. Die Plattform besteht aus 48 Mitgliedern, von denen die Mitgliedstaaten, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie der Ausschuss der Regionen je eines stellen; die andere 18 sind Vertreter verschiedener Interessengruppen der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner. Den Vorsitz führt Kommissions-Vizepräsident Timmermans. Die Plattform soll EU-Rechtsvorschriften und deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf Wirksamkeit und Effizienz bewerten. Dabei sollen vor allem Erfahrungen mit den konkreten Auswirkungen der EU-Vorschriften vor Ort einfließen. Grundlage der Arbeit sollen neben Beiträgen der Mitglieder vor allem Anregungen der Öffentlichkeit sein, die über das Online-Portal "Lighten the Load" eingereicht werden können (es liegen bereits über 250 Vorschläge vor). Die Plattform soll nach praktischen Möglichkeiten für die Umsetzung der Vorschläge suchen, ohne die politischen Ziele der Rechtsakte zu gefährden. Die Kommission will systematisch und öffentlich ihre Folgemaßnahmen zu den einzelnen Vorschlägen erläutern. Die Mitgliedstaaten sollen das Gleiche tun, wenn es um die Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht sowie dessen Durchführung geht. Gegenstand der ersten Sitzung war vor allem das Arbeitsprogramm für 2016.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-188 de.htm

Europäisches Semester 2016: Weiter Kritik an Deutschland wegen seiner Überschüsse Die Kommission hat am 26. Februar 2016 die Länderberichte im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 veröffentlicht. Diese jährliche Analyse soll dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten die notwendigen politischen Reformen im Blick behalten. Nach der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts 2016 und der Empfehlung für den Euroraum im November (siehe Briefing vom Dezember 2015) geht es jetzt also um die nationale Dimension. Die Berichte dienen im Vorfeld der nationalen Programme im April als Grundlage für den Dialog mit den Mitgliedstaaten über deren nationale politische Strategien. Im März wird die Kommission die Berichte in bilateralen Treffen mit den Mitgliedstaaten erörtern. Im April sollen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Reform- und Stabilitätsprogramme vorlegen. Die Mitgliedstaaten sollen diese in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und den Sozialpartnern erstellen. Die Kommission wird im April ihre Vorschläge für neue länderspezifische Empfehlungen mit den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten jedes Landes vorlegen.

Für Deutschland hebt die Kommission die robuste Wirtschaftslage, gute Wachstumsaussichten und die niedrige Arbeitslosigkeit hervor. Kritisiert wird erneut die Investitionsschwäche, sowohl des privaten als auch des öffentlichen Sektors, der zu den hohen Leistungsbilanzüberschüssen führe und längerfristig das Wachstumspotential gefährde. Die Empfehlungen, die die Kommission im letzten Jahr formuliert habe, seien kaum aufgenommen worden.

Pressemitteilung: http://europa.eu/newsroom/rapid-failover/ip-16-332_de.pdf

Länderbericht Deutschland: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/cr2016 ger-

many de.pdf

AdR-Entschließung zum Europäischen Semester: Bessere Einbindung der Regionen Der Ausschuss der Regionen hat am 10. Februar 2016 eine Entschließung zum Jährlichen Wachstumsbericht im Rahmen des Europäischen Semesters verabschiedet. Er fordert darin erneut eine bessere Einbindung der Kommunen und Regionen in die Ausarbeitung der Nationalen Reformprogramme. Deren Erfahrungen müssten auch stärker genutzt werden, wenn es um die Identifizierung von Investitionshindernissen gehe. Daher müssten sie sowohl beim EFSI als auch bei den Strukturfonds mitwirken, um diese Instrumente optimal nutzen zu können.

Text: http://www.toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=obsolete%5cDE%5cCOR-2015-06756-00-00-RES-TRA DE.docx&docid=3138127

Konsultation zum Transparenzregister eröffnet

Am 1. März 2016 hat die Kommission eine bis zum 31. Mai 2016 laufende öffentliche Konsultation zum Transparenzregister ein. Interessenten können sich sowohl zur derzeitigen Regelung als auch zum geplanten verbindlichen Lobby-Register äußern, das neben dem Europäischen Parlament und der Kommission künftig auch den Rat der Europäischen Union erfassen soll.

Die Konsultation soll in zwei Teilen erfolgen: Im ersten Teil, der sich an die breite Öffentlichkeit richtet, geht es um grundsätzliche Fragen und Fragen zum Geltungsbereich des Registers. Im zweiten Teil werden Nutzer des derzeitigen Systems um Stellungnahmen zu dessen praktischer Funktionsweise gebeten. Das neue System soll in einer verbindlichen interinstitutionellen Vereinbarung münden.

Am 1. März zählt das seit September 2014 geltende Transparenz-Register 9286 Einträge; am 31. Oktober 2014 waren es nur 7020. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger einen vollständigen Überblick darüber haben sollten, welche Interessenvertreter den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen versuchen. Die öffentliche Konsultation wird in den Vorschlag einfließen, den die Kommission später in diesem Jahr vorlegen wird. Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-462 de.htm

2. Inneres

Rat Justiz und Inneres: Wenig Bewegung

Während der Ratstagung am 25. Februar 2016 zeichnete sich wenig Bewegung bei den divergierenden Auffassungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ab. Im Gegenteil dürfte sich die Situation nach der von Österreich ausgerichteten Konferenz der Balkanstaaten in Wien eher verhärtet haben. Die Ratspräsidentschaft bekräftigte die Auffassung, dass nur eine gemeinsame Lösung unter Einbeziehung der Balkanstatten und der Türkei Erfolg verspreche. Einseitige nationale Maßnahmen verlagerten nur das Problem.

Der Rat legte seine Position zu verstärkten Kontrollen an den Außengrenzen fest (Abgleich mit einschlägigen Datenbanken). Dieser Vorschlag ist Teil des von der Kommission im Dezember 2015 vorgelegten Pakets zur Grenzsicherung im Rahmen einer verstärkten Terrorismusbekämpfung (siehe Briefing vom Januar 2016). Der Rat setzte außerdem seine Beratungen über den Vorschlag für eine Europäische Küstenwache fort, der bis Mitte des Jahres verabschiedet werden soll.

Pressemitteilung der Präsidentschaft: http://deutsch.eu2016.nl/aktuelles/nachrichten/2016/02/26/einigung-uber-systematische-kontrollen-an-den-europaischen-aussengren-zen

Pressemitteilung Konferenz Wien: http://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussen-dungen/2016/02/managing-migration-together/

Bericht der Kommission über die Flüchtlingssituation in Europa (Februar 2016)

Die Kommission legte am 10. Februar 2016 mehrere Berichte über die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda, des EU-Türkei Aktionsplans, die Situation in Italien, Griechenland und auf der Westbalkan-Route vor. Danach sind Schwerpunkte der Grenzschutz, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, das Funktionieren des Umverteilungsschlüssels und die Anwendung und Umsetzung der Europäischen Regeln, u.a. die Wiederanwendung der Dublin-Verordnung in Griechenland.

In Griechenland ist derzeit nur der Hotspot in Lesbos vollständig betriebsbereit. Die Einrichtung der anderen vier Hotspots auf den Ägäischen Inseln (Chios, Samos, Leros und Kos) kommt nur langsam voran. Der Anteil an Migranten, von denen Fingerabdrücke genommen wurden, ist von 8 Prozent im September 2015 auf 78 Prozent im Januar 2016 gestiegen. Von 66.400

Menschen, die umverteilt werden sollen, wurden nur 218 in anderen Mitgliedstaaten aufgenommen. Die Kommission hat eine Empfehlung über Maßnahmen zur Verbesserung des Asylsystems angenommen, die Griechenland ergreifen sollte, um wieder Menschen auf Grundlage der Dublin-Verordnung aufzunehmen. Die Empfehlung ist eine Konsequenz auf das Urteil des EuGH aus 2011.

In Italien sind zwei von sechs Hotspots vollständig betriebsbereit. Der Anteil der Migranten, denen Fingerabdrücke abgenommen wurden, soll von 36 Prozent im September 2015 auf 87 Prozent im Januar 2016 gestiegen sein. Von 39.600 Menschen sind 279 Asylbewerber aus Italien umverteilt worden.

Serbien, Slowenien, Kroatien und Griechenland haben alle den EU-Zivilschutzmechanismus aktiviert, um EU-Mittel zu erhalten. Insgesamt haben 15 Länder Hilfsangebote gemacht und Zelte, Schlafsäcke, Ausrüstung für Heizung und Stromerzeugung geliefert. Die Länder an der West-Balkanroute haben zugestimmt, zusätzliche 50.000 Aufnahmeplätze zu schaffen, davon sind derzeit nur die Hälfte aufgebaut worden.

Im Bericht über die Durchführung des am 29. November 2015 beschlossenen gemeinsamen Aktionsplan EU-Türkei stellt die Kommission fest, dass die Türkei deutlichere Fortschritte bei der Verhinderung irregulärer Abfahrten von Migranten und Flüchtlingen von ihrem Hoheitsgebiet in die EU machen sollte. Außerdem sollte die Türkei die Umsetzung ihres bilateralen Rückübernahmeabkommens mit Griechenland verbessern. Ab dem 1. Juni 2016 sollte dann das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei über die Rückübernahme für Drittstaatsangehörige angewendet werden. Auf Seiten der EU sollte die Unterstützung im Rahmen der kürzlich geschaffenen Flüchtlingsfazilität für die Türkei möglichst bald bereitgestellt werden.

Pressemitteilungen:

http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-271_de.htm (Umsetzung der Migrationsagenda) http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-269_de.htm (Berichte über GRC, ITA und die Westbalkanroute)

http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-268 de.htm (EU-Türkei)

Bericht über die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/managing_the_refugee_cri-

sis state of play 20160210 de.pdf

Lage von Kindern in der Migration

Die Kommission hat am 5. Februar 2016 eine aktualisierte Zusammenstellung zum Thema Kinder in der Migration vorgelegt. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) sind im Jahr 2015 über eine Million und im Jahr 2016 über 46.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Davon waren 27% Kinder, 17% Frauen und 57% Männer (Zahlen gerundet). Fast die Hälfte kam aus Syrien (48%), über ein Fünftel aus Afghanistan (21%) und fast ein Zehntel aus dem Irak (9%). Es folgten Eritrea (4%), Pakistan (3%), Nigeria (2%), Somalia (2%) und Sudan (1%). Im Falle von Deutschland wird moniert, dass es mehrere Monate dauern könne, bis Kinder in Pflichtschulen aufgenommen würden.

Bericht: http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/rights_child/data_children_in_migration.pdf

Asylrecht: Nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die Kommission hat am 10. Februar 2016 neun mit Gründen versehenen Stellungnahmen wegen der mangelhaften Umsetzung der europäischen Asylvorschriften versandt, dies ist die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens. Nach Erhalt haben die Mitgliedstaaten zwei Monate Zeit, um der Kommission zu antworten. Die Beschlüsse betreffen Deutschland (2 Fälle), Estland, Slowenien (2 Fälle), Griechenland, Frankreich, Italien und Lettland. Die Kommission fordert Deutschland, Estland und Slowenien auf, die nationalen Maßnahmen mitzuteilen, die zur vollständigen Umsetzung der Asylverfahrensrichtlinie getroffen wurden. Des Weiteren soll Deutschland die Umsetzungsmaßnahmen zu der Richtlinie über Aufnahmebedingungen mitteilen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-270 de.htm

Kommission mahnt Verbesserung beim Grenzmanagement in Griechenland an

Die Kommission nahm am 2. Februar 2016 und der Rat am 12. Februar 2016 den Bericht über die Schengen-Evaluierung Griechenlands an. Mit dem im Oktober 2013 geschaffenen Schengen-Evaluierungsmechanismus soll die Anwendung der Schengen-Bestimmungen durch kommissionsgeführte Teams gemeinsam mit Experten aus den Mitgliedstaaten und von Frontex überprüft werden. Die Empfehlungen betreffen u.a. die Verbesserung der Registrierungsverfahren; dazu sollen ausreichend Personal und Fingerabdruckscanner beschafft werden, um Migranten und ihre Reisedokumente zu registrieren und anhand des SIS sowie der Datenbanken von Interpol und der Mitgliedstaaten überprüfen zu können. Griechenland soll die erforderliche Infrastruktur für die Unterbringung während des Registrierungsverfahrens bereitstellen und bei irregulären Migranten, die kein Asyl suchen und keinen internationalen Schutz benötigen, Rückkehrverfahren einleiten. Die Grenzüberwachung soll u.a. durch die Einrichtung eines Risikoanalysesystems, verstärkte Schulung von Grenzschutzbeamten und bessere Ausrüstung an den Grenzübergangsstellen wirksamer werden.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-211_de.htm

Europäisches Zentrum für Terrorismusbekämpfung eröffnet

Am 25. Januar 2016 hat Europol anlässlich des informellen Treffens der Justiz- und Innenminister das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) eröffnet. Zu den Aufgaben des ECTC gehören Maßnahmen gegen ausländische Kämpfer und der Austausch von Wissen über Terrorismusfinanzierung, Online-Propaganda und illegalen Waffenhandel. Das ECTC wurde innerhalb der bestehenden Organisationsstruktur von Europol eingerichtet. Aktuell verfügt das Zentrum über 39 Mitarbeiter und fünf entsandte nationale Sachverständige, die mit anderen operativen Zentren bei Europol zusammenarbeiten.

Pressemitteilungen: https://www.europol.europa.eu/content/ectc (eng)

Aktionsplan gegen Terrorismusfinanzierung

Die Kommission stellte am 2. Februar 2016 einen Aktionsplan zur Intensivierung des Kampfes gegen die Terrorismusfinanzierung vor. Terroristen sollen anhand von Geldbewegungen aufspürt und gehindert werden, Vermögenswerte zu verschieben. Die Einnahmequellen terroristischer Organisationen sollen ausgetrocknet werden, indem ihre Fähigkeit, an Geld zu kommen, beschnitten wird. Dazu sollen u.a. die vierte Richtlinie gegen Geldwäsche schnell in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden, eine Definition des Straftatbestandes der Geldwäsche eingeführt und die Risiken im Zusammenhang mit Barzahlungen eingeschränkt werden. Dieses Jahr ist ein Vorschlag zum illegalen Handel mit Kulturgütern zu erwarten. 2017 will die Kommission einen Legislativvorschlag unterbreiten, der die Befugnisse der Zollbehörden zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung durch Warenhandel stärken soll.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13969_de.htm

Aktionsplan: http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/com 2016 50 en.pdf

EU – USA: Neues Abkommen für den Datenaustausch

Nachdem die Kommission und die USA am 2. Februar 2016 eine politische Einigung über ein neues Abkommen zum transatlantischen Austausch von Daten erzielt haben, legte die Kommission hat am 29. Februar 2016 das Legislativpaket zum EU-US-Datenschutzschild vor. Das Abkommen soll das Safe Harbour Abkommen ersetzen, das der EuGH am 6. Oktober 2015 für ungültig erklärt hatte (siehe Briefing vom Oktober 2015). US-Unternehmen, die Daten aus Europa verarbeiten, sollen zum Schutz der Daten verpflichtet werden. Das US Department of Commerce soll die Umsetzung und Einhaltung überwachen. Den Sicherheitsbehörden soll der Zugriff nur begrenzt gestattet sein. Zugunsten europäischer Bürgerinnen und Bürger sollen Beschwerdeverfahren eingeführt werden (unabhängiger Ombudsmann im US-Außenministerium, Streitschlichtungsverfahren). Kritiker halten das vereinbarte Datenschutzniveaus nicht für ausreichend. Bevor die Kommission abschließend entscheidet, wird ein Ausschuss aus Vertretern der Mitgliedstaaten und EU-Datenschutzbehörden konsultiert, der zu dem Datenschutzschirm Stellung nimmt.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-216 de.htm http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-433 de.htm

EuGH: Ahndung von grenzüberschreitender Vermittlung von Sportwetten

Der Europäische Gerichtshof hat am 4. Februar 2016 in der Rechtssache C-336/14 entschieden, dass das Unionsrecht der Ahndung einer ohne Erlaubnis erfolgten grenzüberschreitenden Vermittlung von Sportwetten in Deutschland entgegenstehen kann. In dem Fall ging es um eine Vermittlung von Sportwetten in Bayern, für die in Österreich eine Lizenz bestand, nicht aber in Deutschland. Soweit der Glücksspielstaatsvertrags 2008 betroffen ist, sei eine Ahndung einer vermittelten ausländischen Lizenz nicht zulässig, u.a. weil es sich um ein unionsrechtswidriges staatliches Monopol handelt. Zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag 2012 führt das Gericht aus, dass eine Ahndung auch unzulässig sei, wenn das Konzessionsvergabeverfahren den Gleichbehandlungsgrundsatz, das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit und das Transparenzgebot nicht beachtet, und die von den nationalen Gerichten für unionsrechtswidrig befundenen Bestimmungen, mit denen ein staatliches Monopol auf die Veranstaltung und die Vermittlung von Sportwetten eingeführt wurde, faktisch weiter angewandt werden.

Pressemitteilung: http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-20/

02/cp160010de.pdf

Urteil: http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=174105&pageIn-dex=0&doclang=DE&mode=Ist&dir=&occ=first&part=1&cid=1166540

3. Justiz

Erfassung von Strafregistereinträgen von Nicht-EU-Bürgern

Die Kommission hat am 19. Januar 2016 vorgeschlagen, das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) zu erweitern, um den Austausch von Strafregistereinträgen von Nicht-EU-Bürgern in der EU zu vereinfachen. Über das 2012 geschaffene System können nationale Informationen über Vorstrafen in anderen Mitgliedstaaten abgefragt werden. Die Information über eine Verurteilung wird derzeit an den Mitgliedstaat übermittelt, dessen Staatsangehörigkeit der EU-Bürger besitzt. Damit werden alle Verurteilungen in einem Staat zentral gespeichert. Gegenwärtig richten die Mitgliedstaaten jährlich etwa 288 000 Anfragen an ECRIS. Bei Nicht-EU-Bürgern soll in dem neuen System über einen zentralen Index-Filter die Abfrage verbessert werden, derzeit musste in jedem Mitgliedstaat eine individuelle Abfrage erfolgen. In der neuen Datenbank sollen auch die Fingerabdrücke des betroffenen Nicht-EU-Bürgers gespeichert werden, um eine Verwechslung bzw. den Missbrauch von verschiedenen Identitäten zu vermeiden. Der Vorschlag ist ein Schwerpunkt der Europäischen Sicherheitsagenda, mit der die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei der Bekämpfung von Terrorismus und anderen schweren grenzüberschreitenden Straftaten verbessert werden soll. Nach der Verabschiedung durch den Rat und das Europäische Parlament soll die Richtlinie innerhalb von 12 Monaten in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-87_de.htm

Richtlinienvorschlag: http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/ecris tcn commission propo-

sal_en.pdf

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Auslegung von EU-Recht

Am 15. Dezember 2015 hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dass die Auslieferung eines Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika nach Italien aufgrund eines Europäischen Haftbefehls diesen in seinen Grundrechten verletzt. In dem Fall ging es um einen US-Amerikaner, der 1992 in Abwesenheit in Italien zu einer Freiheitsstrafe von 30 Jahren verurteilt wurde. In Italien bestehe keine Gewähr auf ein neues Beweisverfahren. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Unionsrecht in Deutschland in eng begrenzten Einzelfällen für unanwendbar erklärt werden kann, um die Identität des deutschen Grundgesetzes im Kern zu bewahren. Eigentlich ist aber für die Auslegung von EU-Recht der Europäische Gerichtshof zuständig. Von einer Vorlage hat das Bundesverfassungsgericht aber abgesehen, weil sich die Unzulässigkeit der Auslieferung im konkreten Fall bereits aus dem Unionsrecht ergebe und dieses mit dem Menschenwürdeschutz des Grundgesetzes nicht in Konflikt trete.

Pressemitteilung: http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvq16-004.html

EP stimmt Richtlinie zur Unschuldsvermutung zu

Das Parlament stimmte am 20. Januar und der Rat am 12. Februar 2016 dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren zu (siehe Briefing vom 9. Dezember 2015). Die Mitgliedstaaten haben 24 Monate, um die Richtlinie umzusetzen.

Pressemitteilung: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0011+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

4. Finanzen

Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuervermeidung

Am 28. Januar 2016 hat die Kommission den Aktionsplan im Kampf gegen Steuervermeidung vorgelegt. Mit dem Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Steuervermeidung ruft sie die Mitgliedstaaten auf, entschlossener und besser koordiniert gegen Unternehmen vorzugehen, die versuchen, sich der Entrichtung ihres fairen Anteils am Steueraufkommen zu entziehen, und die internationalen Standards zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung umzusetzen (auch bekannt als Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)). Kernelemente der neuen Vorschläge sind:

- rechtsverbindliche Maßnahmen, um den auf Ebene von Unternehmen am häufigsten verwendeten Methoden der Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben;
- eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten, wie der Missbrauch von Steuerabkommen zu verhindern ist;
- ein Vorschlag über den Austausch von Steuerinformationen zwischen den Mitgliedstaaten über in der EU t\u00e4tige multinationale Unternehmen;
- Maßnahmen, um international verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich zu fördern;
- eine neue Liste der EU für Drittländer, die sich nicht an die Regeln des Fair Play halten.

Beim ECOFIN-Rat am 12. Februar führten die Wirtschafts- und Finanzminister bereits einen ersten Austausch durch. Dabei hat die niederländische Ratspräsidentschaft angekündigt, bei der RL zum automatischen Informationsaustausch bereits bis zum Rat im März zu einer politischen Einigung gelangen zu wollen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-159_de.htm

Sitzung des ECOFIN-Rats vom 12. Februar 2016

http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2016/02/12/

Öffentlicher Schuldenstand im Euroraum sank auf 91,6% des BIP

Laut Pressemeldung vom 22. Januar 2016 belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP (Verschuldungsquote) im **Euroraum** (ER19) am Ende des dritten Quartals 2015 auf 91,6%, gegenüber 92,3% am Ende des zweiten Quartals 2015. In der **EU28** sank die Quote von 87,7% auf 86,0%. Dieser Rückgang des öffentlichen Schuldenstandes der **EU28** im Verhältnis zum BIP ergibt sich aufgrund von Wechselkursschwankungen von Mitgliedstaaten, die nicht zum Euroraum gehören, gegenüber dem Euro. Verglichen mit dem dritten Quartal 2014 verringerte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im **Euroraum** (von 92,3% auf 91,6%) und in der **EU28** (von 86,9% auf 86,0%).

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release STAT-16-142 en.htm

Rückgang des saisonbereinigten öffentlichen Defizits im Euroraum auf 1,8% des BIP Im dritten Quartal 2015 belief sich das saisonbereinigte öffentliche Defizit (Finanzierungssaldo des Staatssektors) im Verhältnis zum BIP im Euroraum (ER19) auf 1,8%, ein Rückgang gegenüber 2,2% im zweiten Quartal 2015. In der EU28 belief sich das Defizit im Verhältnis zum BIP auf 2,3%, ein Rückgang gegenüber 2,6% im Vorguartal.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-16-144_de.htm

5. Wirtschaft, Bau, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel

Zahlen für das regionale Bruttoinlandsprodukt 2014: MV legt leicht zu

Am 26. Februar 2016 hat das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die veröffentlicht. Die beiden Extreme beim BIP pro Kopf unter den 276 NUTS-2-Regionen der EU28 sind wie in den vergangenen Jahren die Regionen Severozapaden in Bulgarien (30% des Durchschnitts) und Inner-London West (539%), die Schere ist aber noch weiter auseinander gegangen. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 84% wieder auf dem Niveau von 2012 (nach 82% in 2013, siehe Briefing vom Juni 2015). Die anderen ostdeutschen Länder liegen zwischen 94% (Sachsen) und 87% (Sachsen-Anhalt), ebenfalls mit leichten Zuwächsen gegenüber 2013. Schleswig-Holstein verzeichnet 104% (2013: 102%), Hamburg (206 nach 195%). Zachodniopomorskie liegt bei 57% des EU-Durchschnitts, Pomorskie bei 64 %.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7192297/1-26022016-AP-DE.pdf/88e58f1b-d364-4f4c-86dd-cda194f67c8e

Kommission startet Konsultation zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2007-13

Am 3. Februar 2016 hat die Europäische Kommission eine Konsultation zum Einsatz des EFRE in der Förderperiode 2007-13 gestartet. Die Evaluierung von Förderprojekten soll nicht nur aufzeigen, wie die regionalen Disparitäten in Europa ausgeglichen werden können, sondern auch, wie die Umsetzung der Förderung effizienter und weniger bürokratisch gestaltet werden kann. Die Konsultation steht allen Bürgern und Organisationen offen; sie läuft bis zum 27. April 2016.

Konsultation (in Englisch): http://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/consultations/erdf-cohesion-fund-2007-2013-ex-post-evaluation/

Entschließung zur Rolle der Kommunen bei den Strukturfonds

Das Europäische Parlament hat am 4. Februar 2016 eine Entschließung zur Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) angenommen. In der Entschließung wird betont, dass die Kohäsionspolitik der EU im Programmplanungszeitraum 2014–2020 weiterhin das bedeutendste Investitionsinstrument ist, das alle Regionen der EU abdeckt. Die Kohäsionspolitik biete die Möglichkeit, einen von unten nach oben gerichteten Prozess des nachhaltigen Wachstums herbeizuführen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Unternehmertum und Investitionen auf der Ebene der lokalen und regionalen Wirtschaft zu begünstigen, die Lebensqualität der Bürger zu steigern und für Solidarität und eine bessere Entwicklung in den Regionen der EU zu sorgen. Betont wird auch, dass jede Umwidmung von Mitteln der Fonds im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen geschehen muss, und dass das Grundprinzip der ESIF nicht durch neue Initiativen untergraben werden darf.

Entschließung: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0050&language=DE&ring=B8-2016-0171

Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) legt Zwischenbericht vor

Am 13. Januar 2016 hat die Kommission einen Sachstand zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI, sog. Juncker-Investitionsfonds) vorgelegt. Demnach sind mit Hilfe des EFSI alleine im letzten Quartal 2015 50 Mrd. € an Investitionen in 22 EU-Mitgliedstaaten mobilisiert worden. 81 000 KMU profitieren von der Investitionsoffensive. Griechenland, Rumänien, Zypern, Lettland, Litauen und Malta gingen bisher leer aus. Parallel veröffentlichte die Kommission detaillierte Informationen zum aktuellen Stand des Investitionsplans mit länder- und sektorspezifischen Faktenblättern sowie Beispielen von EFSI-finanzierten Projekten. Insgesamt wurden demnach 42 Infrastruktur- und Innovationsprojekte mit 5,7 Mrd. € bei einer erwarteten Gesamtinvestitionssumme von 25 Mrd. € finanziert. Für Deutschland werden die damit zusätzlich mobilisierten Investitionen auf 3,8 Mrd. € geschätzt. Davon profitieren 27 500 deutsche KMU. Die deutschen Projektpartner sind verschiedene Banken und Fonds. Faktenblatt zum Sachstand in der EU (in englischer Sprache): http://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/ip-eu-state-of-play-jan-2016_en.pdf

Faktenblatt zu Deutschland (in englischer Sprache): http://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/ip-germany_en.pdf

Weitergehende Informationen (in englischer Sprache): http://ec.europa.eu/priorities/publications/investment-plan-state-play-january-2016 en

Investitionsoffensive für Europa: neue Leitlinien für die Kombination des Investitionsfonds EFSI und der Strukturfonds

Am 22. Februar 2016 haben Kommission und Europäische Investitionsbank eine Anleitung für die Kombination von Strukturfonds (ESIF) und dem Investitionsfonds (EFSI) veröffentlicht. Beide Instrumente wurden zwar unterschiedlich konzipiert, sind aber komplementär, was den Grundgedanken, die Gestaltung und den rechtlichen Rahmen anlangt, und verstärken sich gegenseitig. Projektträgern, die EFSI-Finanzierungen und Mittel aus den ESI-Fonds beantragen, sollen sich damit zusätzliche Chancen eröffnen. Die Broschüre erläutert, wie ESI-Fonds und EFSI etwa auf der Projektebene oder über ein Finanzinstrument (z. B. Projektplattform) kombiniert werden können. Erfahrungsberichte über konkrete Fälle ergänzen die Darstellung. Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-329_de.htm

Broschüre (englisch): http://ec.europa.eu/regional_po-th/

licy/sources/thefunds/fin inst/pdf/efsi esif compl en.pdf

Regionen können sich online für die RegioStars 2016 bewerben

Die Kommission hat am 5. Februar 2016 die RegioStars 2016 gestartet. Bis zum 15. April können die Regionen ihre Bewerbungen <u>online einreichen</u>. Ziel von RegioStars ist die Ermittlung bewährter Verfahren in der regionalen Entwicklung und die Herausstellung origineller, innovativer Projekte, die als Inspiration für andere Regionen und Projektleiter dienen können. Die diesjährige Verleihung der RegioStars findet am 11. Oktober 2016 im Rahmen der <u>Europäischen Woche der Regionen und Städte 2016</u> (vormals Open Days) statt.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/regio-stars-awards/?Allnews=true#1

EU-Kommission veröffentlicht Beihilfe-Scoreboard für 2015

Am 17. Februar 2016 hat die Kommission das Beihilfe-Scoreboard 2015 veröffentlicht. Darin werden alle von den Mitgliedsstaaten vergebenen Beihilfen an verarbeitende Industrie, Dienstleister, Landwirtschaft und Fischerei zusammengefasst, die bis zum 31. Dezember 2014 gewährt wurden. Nominal sind die Beihilfen seit 2013 um fast 50% auf etwa 101 Mrd. EUR angestiegen. Das ist im Wesentlichen auf Regelungen für erneuerbare Energien zurückzuführen, die stärker als früher als Beihilfen eingestuft werden (vor allem in Deutschland: von 4,7 auf 31,5 Mrd. EUR). Gleichzeitig hat sich die Zahl der unproblematischen Fälle infolge der Überarbeitung des Beihilferechts deutlich verringert: 90 % der Beihilfefälle fielen unter die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung. Ab 1. Juli 2016 müssen die Mitgliedstaaten für jede Beihilfe über 500.000 EUR den Namen des Empfängers, Betrag und Zweck der Beihilfe sowie die rechtliche Grundlage veröffentlichen.

Insgesamt stellen die Staatsbeihilfen einen Anteil von etwa 0,7% am EU-BIP dar. Die beihilfeintensivsten Volkswirtschaften sind Lettland (2,08%), Ungarn (1,63%), die tschechische Republik (1,4%) und Deutschland (1,36%), gemessen am nationalen BIP. Die geringsten Beihilfen gewähren Spanien (0,31%), Italien und Niederlande (beide 0,34%) und das Vereinte Königreich (0,35%).

Scoreboard: http://ec.europa.eu/competition/state_aid/scoreboard/index_en.html

Kommission: Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure EU-rechtswidrig

Die Kommission hat am 25. Februar 2016 die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens (begründete Stellungnahme) gegen Deutschland wegen der Gebührenregelung für Architekten und Ingenieure (HOAI) eingeleitet. Die Kommission hält die bestehenden Unter- und Obergrenzen der Honorare für unvereinbar mit der Dienstleistungs-Richtlinie. Die Reaktion der Bundesregierung auf die erste Stufe (siehe Briefing vom Juni 2015) hat die Kommission nicht zufriedengestellt.

Pressemitteilungen: http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-16-319 de.htm http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-323 de.htm

Zwölfte Verhandlungsrunde zu TTIP

Vom 22.-26. Februar 2016 fand in Brüssel die zwölfte Verhandlungsrunde zum Abkommen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Gegenstand der

Verhandlungen waren schwerpunktmäßig die regulatorische Zusammenarbeit und einige Themen aus dem Abschnitt "Regeln", darunter Investitionsschutz und Streitschlichtung. Die Verhandlungspartner unterstrichen die Absicht, die Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen bis zum Ende des Jahres abzuschließen. Bis zur Sommerpause sollen zwei weitere Verhandlungsrunden stattfinden mit dem Ziel, die wichtigsten politischen Dissenspunkte für die Endrunde der Verhandlungen zu identifizieren.

Sowohl der Auftakt der Verhandlungsrunde als auch eine Dialog-Veranstaltung mit den Verhandlungsteams am Abend des 25. Februar in der Bayerischen Vertretung wurden von Protestaktionen der TTIP-Gegner begleitet.

Statement der Kommission zur 12. Verhandlungsrunde: http://trade.ec.europa.eu/do-clib/docs/2016/february/tradoc 154325.pdf

Überarbeitete Fassung des Freihandelsabkommens mit Kanada mit neuem ISDS

Die Kommission hat am 29. Februar 2016 die rechtsförmlich überarbeitete englische Fassung des mit Kanada ausgehandelten Freihandelsabkommens (CETA) veröffentlicht. Dabei hat es gegenüber der Fassung vom Sommer 2014 nach weiteren Gesprächen mit der neuen kanadischen Regierung auch inhaltliche Änderungen gegeben, insbesondere im Kapitel über die Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS).

Das Abkommen enthält jetzt den Ansatz, den die Kommission im Herbst 2015 vorgestellt hat, der bereits im neuen Abkommen mit Vietnam enthalten ist (s.u.) und den die Kommission auch in TTIP verankern will. Dazu gehören im Einzelnen:

- Verbindlichere Aussagen zum Regelungsrecht auf allen staatlichen Entscheidungsebenen:
- Statt des derzeitigen Ad-hoc-Schiedsgerichtssystem Schaffung eines ständigen, institutionalisierten Gerichts. Die Mitglieder des Gerichts werden im Voraus von den Vertragsparteien des Abkommens ernannt;
- · Einführung eines Berufungssystems;
- Vermeidung von Interessenkonflikten: Mitglieder der Gerichte dürfen nicht als Rechtsanwalt oder Sachverständiger im Zusammenhang mit anderen Investitionsstreitigkeiten tätig werden.

Die EU und Kanada wollen gemeinsam auf die Schaffung eines ständigen multilateralen Investitionsgerichtshofs mit einem ständigen Berufungsmechanismus hinarbeiten.

Darüber hinaus werden mit dem Abkommen 99 % der Zölle abgeschafft. Beschränkungen beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen werden abgebaut, sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene der kanadischen Provinzen, Regionen und Städte. Kanada erkennt die geografischen Herkunftsangaben der EU für 145 Produkte an. Bei einer Reihe von Waren werden doppelte Prüfungen abgebaut; davon sollen vor allem kleinere Unternehmen profitieren.

Nach der Übersetzung des Textes in alle Amtssprachen soll der Ratifizierungsprozess im Rat und im Europäischen Parlament beginnen. Wenn das Abkommen als gemischtes eingestuft wird, bedarf es auch der Zustimmung der nationalen Parlamente.

Pressemitteilung mit weiteren Links: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-399_de.htm
Text des Abkommens: <a href="http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/doclib/docs/2014/september/trade.eu/docl

Deutscher Richterbund hält Investitionsgerichte in TTIP für rechtswidrig und überflüssig

In einer am 4. Februar 2016 veröffentlichten Stellungnahme lehnt der Deutsche Richterbund (DRB) das von der Kommission im Herbst 2015 für TTIP vorgeschlagene System ständiger Investitionsschiedsgerichte (siehe dazu Briefing vom Oktober 2015) als rechtswidrig und überflüssig ab. Für eine solche Regelung gebe es keine Rechtsgrundlage im Gemeinschaftsrecht. Außerdem sei nicht nachgewiesen, dass der erforderliche Rechtsschutz nicht von den bestehenden staatlichen Gerichten gewährt werden könne; falls es insoweit Schwachstellen gebe, müssten diese identifiziert und abgestellt werden. Zu den privaten Schiedsgerichten auf der Grundlage der geltenden Investitionsschutzabkommen äußert sich der DRB nicht.

Stellungnahme: http://www.drb.de/cms/index.php?id=952

Vollständiger Wortlaut des Freihandelsabkommens mit Vietnam veröffentlicht

Nachdem die Verhandlungen im letzten Jahr abgeschlossen wurden (siehe Briefing vom Oktober 2015), hat die Kommission am 1. Februar 2016 den Text des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Vietnam veröffentlicht. Sie will damit ihrem Anspruch nachkommen, Verhandlungen über Handelsabkommen und die Abkommen selbst möglichst transparent zu gestalten. Aller Interessierten sollen sich mit den Inhalten vertraut machen können, bevor die Debatte im Rat und im Europäischen Parlament beginnt. In der Zwischenzeit wird der Text der üblichen juristischen Überprüfung unterzogen. Das Abkommen mit Vietnam enthält alle wesentlichen Bestimmungen der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Investitionsgerichtsbarkeit für EU-Handels- und Investitionsabkommen. Der Text wird erstmals ergänzt durch eine Analyse, wie sich das Abkommen auf die Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung auswirken kann. Diese Analyse trägt den Empfehlungen Rechnung, die Interessenträger bei einer Anhörung im Mai 2015 und im Anschluss daran formuliert haben.

Pressemitteilung (mit Links zum Text und der Analyse – englisch): http://europa.eu/ra-pid/press-release IP-16-184 de.htm

EP nennt Bedingungen für TiSA (Abkommen über den Dienstleistungshandel)

Das Europäische Parlament hat am 3. Februar 2016 eine umfangreiche Entschließung angenommen, in der es seine Anforderungen an das seit März 2013 verhandelte Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen niederlegt. 532 Abgeordnete stimmten dafür, 131 dagegen, und 36 enthielten sich. Wie in Bezug auf TTIP durch die Entschließung vom Juli 2015 sollen auch hier der Kommission Leitlinien für die weiteren Verhandlungen gegeben werden (siehe Briefing vom Oktober 2015). Wichtigste Ziele für die Verhandlungen sind die Wahrung der EU-Standards, ein erleichterter Zugang für EU-Unternehmen zu internationalen Märkten sowie Garantien für EU-Bürger, die in Drittländern Dienstleistungen in Anspruch nehmen (Roamingund Kreditkartengebühren, Geoblocking). Öffentliche Dienstleistungen sollen ausgenommen werden, und die EU und die Mitgliedstaaten sollen die Regulierungshoheit behalten. Das EP fordert außerdem mehr Transparenz bei den Verhandlungen.

Entschließung: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0041+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Verbraucherschutz

Lage auf den Märkten für Schweinefleisch und Milchprodukte weiter kritisch

Die Situation der Schweinefleisch- und Milcherzeuger ist nicht zuletzt wegen der anhaltenden Überproduktion weiter angespannt. Das Thema wird Schwerpunkt der nächsten Tagung des Rates Landwirtschaft am 14. März sein.

Seit dem letzten Briefing sind weitere Maßnahmen zur Stützung der Märkte ergriffen worden. So wird die Unterstützung für die private Lagerhaltung von Butter und Magermilchpulver bis zum 30. September 2016 verlängert. Einem entsprechenden Vorschlag der Kommission haben die Mitgliedstaaten am 28. Januar 2016 zugestimmt. Die Beihilfen waren im Sommer 2014 eingeführt worden, um die Folgen des russischen Importstopps für die europäischen Landwirte abzuschwächen.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr releases/13962 de.htm

Am 26. Januar 2016 hat die Kommission die Beihilfe für die private Lagerhaltung von Schweinefleisch ausgesetzt. Das Beihilfeprogramm hat seine Höchstkapazität von rund 89.000 t erreicht. Die meisten Beihilfeanträge wurden aus Deutschland (29 %), gefolgt von Spanien (22 %), Dänemark (13 %) und den Niederlanden (12 %) eingereicht.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/252_en.htm

Text der Verordnung: http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0085&from=en

Seit dem 4. Februar 2016 können Anträge für die Förderung von Informations- und Absatzförderungskampagnen für europäische landwirtschaftliche Produkte eingereicht werden. Im Rahmen des Programms "Enjoy, it's from Europe" stehen im Jahr 2016 insgesamt 111 Mio. Euro zur Verfügung, um neue Märkte für ihre landwirtschaftlichen Produkte innerhalb und außerhalb der EU zu erschließen. Die Kampagnen müssten aber auf nationaler Ebene kofinanziert werden. Aus dem Gesamtbudget sind aufgrund der aktuellen kritischen Marktlage 30 Mio. Euro

für Informations- und Absatzförderungskampagnen des Milch- und des Schweinefleischsektors reserviert.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr releases/13980 de.htm

EU-Agrarexporte höher als in den Vorjahren

Nach dem Agrarhandelsbericht der EU-Kommission für Dezember 2015 betrugen die Exporte der EU 11.2 Mrd. € und damit fast 1 Mrd. € mehr als im Dezember 2014. Die größten Zunahmen gab es bei Exporten in die USA, China, Japan und einige nahöstliche Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die höchsten monatlichen Zunahmen gab es bei Weizen, Gemüse und Schweinefleisch. Rückgänge gab es bei Milchpulver, Häuten und Fellen. Die Importe nahmen im Vergleich mit Dezember 2014 ebenfalls zu, vor allem aus der Ukraine, den USA und Australien. Zugenommen haben die Importe von Rohkaffee, Tee, Weizen, Ölsaaten, tropischen Früchten, Gewürzen und Nüssen. Die Importe von Ölkuchen, Rüben- und Rohrzucker, Sojabohnen und Palmöl gingen zurück. Die Agrarhandelsbilanz für 2015 weist einen Überschuss bei den Exporten in Höhe von 16 Mrd. € auf.

http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/monitoring-agri-food-trade/2015-12_en.pdf http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/monitoring-agri-food-trade/index_en.htm

Exporte von europäischen Äpfeln und Birnen in die USA rücken näher

Die Kommission hat am 15. Januar 2016 mitgeteilt, dass sie eine baldige Zulassung für den Export von Äpfeln und Birnen aus Deutschland und sieben weiteren EU-Staaten in die USA erwartet. Das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium hat einen entsprechenden Regelungsentwurf vorgelegt. Das Ersuchen um leichteren Zugang zum US-Markt für Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen und Portugal ist bereits seit 2007 anhängig.

Erklärung der Kommission: http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-16-78_de.htm

Direktzahlungen: Weniger strenge Sanktionierung von Verstößen

Am 18.Januar 2016 stellte der für Landwirtschaft zuständige Kommissar Hogan im Europäischen Parlament weitere Maßnahmen vor, mit denen die administrative Belastung der Betriebe reduziert werden soll. So können Beihilfeanträge nach einer Vorabprüfung noch innerhalb von fünf Wochen korrigiert werden. Bei überhöhten Anträgen auf Direktzahlungen soll das Bußgeld einheitlich das Anderthalbfache des zu viel Deklarierten betragen (statt des Doppelten). Mehrbeträge von bis zu 3% der Fläche oder 2 ha werden nicht sanktioniert. Bei erstmaligen Verstößen wird die Buße halbiert. Dieses Verfahren der "gelben Karte" führe jedoch im Folgejahr zu Vor-Ort-Kontrollen.

Pressemitteilung (englisch): http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/249 en.htm

Rechnungshof: Drei Viertel der Ökoausgaben in der Landwirtschaft nicht kosteneffizient

Der Europäische Rechnungshof kommt in einem am 21. Januar 2016 vorgelegten Sonderbericht zu dem Ergebnis, dass von den geprüften Projekten zur Verbesserung der Umwelt drei Viertel nicht kosteneffizient waren. Der Großteil der sogenannten "nichtproduktiven Investitionen" trug zum Schutz der Landschaft und der biologischen Vielfalt bei, die Kosten waren aber entweder unangemessen hoch oder nicht ausreichend begründet waren. Bei vielen Maßnahmen wie z. B. Heckenarbeiten oder der Wiederherstellung von Feuchtgebieten seien die Vorschläge nicht ausreichend anhand von Auswahlkriterien überprüft worden. Untersucht wurden Projekte in Portugal, Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Italien, die jeweils aus dem Europäischen Fonds für Ländliche Entwicklung gefördert worden waren. Nur fünf der 28 geprüften Projekte erwiesen sich als kosteneffizient.

Pressemitteilung:

http://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1601_21/INSR15_20_AGRI_INVEST_DE.pdf

Bericht: http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR15_20/SR15_20_AGRI_INVEST_DE.pdf

VEST_DE.pdf

Kommission nimmt Zulassung für vier Gentechnik-Maissorten zurück

Auf Antrag des Herstellers hat die Kommission am 22. Januar 2016 die Zulassung für vier gentechnisch veränderte Maissorten zurückgezogen, die weltweit seit 2011 nicht mehr angebaut werden.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr releases/13941 de.htm

Europäisches Parlament gegen Vermarktung von Gensoja

Das EU-Parlament wandte sich am 3. Februar 2016 in drei mit großer Mehrheit (430 gegen 230 Stimmen) angenommenen Entschließungen gegen die Zulassung bestimmter Sorten von genetisch veränderten Sojabohnen als Nahrungs- und Futtermittel. Die Sorten sind gegen Glyphosat resistent, das von der Weltgesundheitsorganisation (im Gegensatz zur EFSA, siehe Briefing vom Dezember 2015) als krebserregend eingestuft wird. Wenn es wie in der Vergangenheit im zuständigen Ausschuss eine Mehrheit der Mitgliedstaaten weder für noch gegen die Zulassung gibt, muss die Kommission entscheiden. Der Pressemitteilung:

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160129IPR11955/MEPs-object-to-three-GM-soybeanauthorisations

Statistisches Jahrbuch 2014 über die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Das Statistische Amt der EU Eurostat hat am 18. Februar 2016 das Statistische Buch über die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft 2014 veröffentlicht. Frankreich leistete mit 18% des Gesamtwertes der EU den größten Beitrag zum Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung. Mit einem gewissen Abstand folgen Deutschland (14%), Italien (13%), Spanien (10%), das Vereinigte Königreich (8%), die Niederlande (7%) und Polen (5%). Zusammen machen diese sieben Mitgliedstaten etwa drei Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung in der EU aus. Das Jahrbuch enthält Fakten und Zahlen zur Struktur landwirtschaftlicher Betriebe, zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung und Agrarpreisen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Landwirtschaft und Umwelt sowie der Forst- und Fischereiwirtschaft. Da das Milchquotensystem im Jahr 2015 auslief, wird dieses Jahr dem Thema "30 Jahre Milchquoten in der EU" ein eigenes Kapitel gewidmet.

Pressemitteilung und Link: http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7158646/5-18022016-BP-DE.pdf/150aaf0d-0312-4ab8-a211-8fa42a5ce159

EuGH zu Dresdner Waldschlösschen-Brücke: Nachträgliche Prüfung möglich

Der Europäische Gerichtshof entschied am 14. Januar 2016, dass bei einer Änderung der Verhältnisse im Falle eines in einem späteren FFH-Gebiet genehmigten Vorhabens eine Nachprüfung der Untersuchung als geeignete Maßnahme zur Vermeidung der Verschlechterung der Lebensräume oder der Störung von Arten geboten sein kann. Die Entscheidung, ob eine Prüfung zu erfolgen habe, obliege dem vorlegenden Gericht.

Pressemitteilung: http://curia.europa.eu/ju-ris/document.jsf?text=&docid=173523&pageIndex=0&do-

clang=DE&mode=Ist&dir=&occ=first&part=1&cid=295953

Europäisches Parlament besorgt über anhaltenden Artenverlust

In einer am 2. Februar 2016 angenommenen Entschließung zur Halbzeitbewertung der EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt äußert sich das Europäische Parlament besorgt über den anhaltenden Artenverlust. Ohne zusätzliche beträchtliche und anhaltende Bemühungen seien die für 2020 gesetzten Ziele nicht zu erreichen. Es sei belegt, dass die Natur in Europa ohne die Vogelschutz- und der Habitat-Richtlinie in einem wesentlich schlechteren Zustand wäre und dass gezielte und angemessen finanzierte Bemühungen positiv wirkten.

Text: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0034+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

Ljubljana ist Umwelthauptstadt 2016

Die slowenische Hauptstadt Ljubljana übernahm am 9. Februar 2016 den Titel der Europäischen Umwelthauptstadt für ein Jahr vom britischen Bristol. Seit 2010 zeichnet der Preis "European Green Capital" Städte aus, die sich in besonderer Weise für nachhaltige Stadtplanung einsetzen. Zu früheren Preisträgern gehörte im Jahr 2011 auch Hamburg.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr releases/13991 de.htm

Parlament lehnt Rechtsakt zu Säuglings- und Kleinkindernahrung ab

Das Europäische Parlament hat am 20. Januar 2016 einen Vorschlag für eine delegierte Verordnung der Kommission abgelehnt, nach dem Säuglings- und Kleinkindernahrung bis zu drei Mal mehr Zucker enthalten dürfte als von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen. Laut Kommissionsvorschlag dürfte 30 % der Energie in Beikost für Säuglinge aus Zucker stammen (7,5 g Zucker pro 100 kcal entspricht 30 kcal aus Zucker in 100 kcal Energie). Die Abgeordneten fordern, dass der zulässige Zuckerhöchstgehalt in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der WHO deutlich gesenkt wird. Die Kommission muss jetzt einen neuen Vorschlag unterbreiten.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160115IPR10184/Babynahrung-Parlament-lehntgro%C3%9Fz%C3%BCgige-Zucker-Grenzwerte-ab

EU sagt für 2016 bis zu 161 Mio. Euro für den Kampf gegen Tierkrankheiten und Zoonosen zu

Für 2016 hat die EU fast 161 Millionen Euro für Bekämpfungs-, Kontroll- und Überwachungsprogramme zur Ausrottung von Tierseuchen und Zoonosen (übertragbare Krankheiten) zugesagt.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/midday-express-12-01-2016.htm

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur

Erasmus+: Jahresbericht 2014, Mehr Geld für Inklusionsprojekte

Die Kommission hat am 26. Januar 2016 den Jahresbericht 2014 für das Programm Erasmus+ vorgelegt. Schon im ersten Jahr des neuen Förderzeitraums hat das Programm mehr als einer Million Menschen die Teilnahme an einem der 18 000 geförderten Projekte ermöglicht. Dafür standen 2 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Kommission beabsichtigt, für das Jahr 2016 weitere 13 Mio. EUR für Projekte zur sozialen Inklusion von Minderheiten und Migranten sowie von anderen benachteiligten Gruppen bereitzustellen. Sie kommt damit einer Forderung nach, die das Europäische Parlament in einer am 19. Januar 2016 angenommenen Entschließung ge-äußert hat. Darin geht es auch um die Förderung des interkulturellen Dialogs durch die kulturelle Weiterbildung von Erziehern und Lehrpersonal und die Unterstützung von Bildungsangeboten. Die Kommission sagte Mittel in Höhe von 400 Mio. € zur Eingliederung benachteiligter Gruppen von Lernenden und Migranten im Rahmen des Programms "Erasmus+" zu, sowie 13 Mio. € für andere Programme im Bereich Inklusion, Bekämpfung von Radikalisierung und Eingliederung von Migranten.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-141 de.htm

Jahresbericht 2014: http://ec.europa.eu/education/library/statistics/erasmus-plus-annual-re-port_en.pdf

Entschließung EP: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0005&language=DE&ring=A8-2015-0373

Schulwettbewerb: "Vielfalt statt Einfalt? – Migration, eine Herausforderung für die EU" So lautet das Motto für den diesjährigen, den das Europäische Parlament für Schülerinnen und Schüler zwischen 16 und 19 Jahren veranstaltet. Unterthemen sind "Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten" oder "Solidarität in der Zivilgesellschaft".

Klassen und Gruppen, die teilnehmen wollen, haben bis zum 1. April 2016 Zeit, ihre Gedanken und Ideen zu einem der in Print-, Online-, Film- oder Radiobeiträgen umzusetzen.

Unter den Einsendern aus Deutschland wählt eine Jury bis Juni 20 Gewinnergruppen aus. Diese dürfen im Schuljahr 2016/2017 für einen Tag im Europäischen Parlament in Straßburg mit Jugendlichen aus den anderen Mitgliedstaaten über Europa und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen diskutieren. Die Teilnehmer sollten fit in Englisch oder Französisch sein, da das Programm in Straßburg in diesen Sprachen stattfindet.

Ausschreibung: http://www.europarl.de/euroscola#shadowbox/0/

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13990_de.htm

Kurzbericht: Qualifikationsrahmen in Europa

Am 4. Februar 2016 hat das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) den Kurzbericht "Qualifikationsrahmen in Europa – Auf dem Weg zur Einsatzreife" veröffentlicht. Er stellt den aktuellen Entwicklungsstand von Qualifikationsrahmen auf nationaler und europäischer Ebene dar. Ein Drittel der teilnehmenden Staaten nutzt die Qualifikationsrahmen zur strukturellen Anpassung der Bildungs- und Bewertungssysteme. Der Großteil der teilnehmenden Staaten nutzt sie dagegen weiterhin nur als Instrument zur Beschreibung der jeweiligen Qualifikationssysteme, wie es der ursprünglichen Zielsetzung des Instruments entspricht (darunter Deutschland, siehe auch Briefing vom Dezember 2015).

Bericht: http://www.cedefop.europa.eu/files/9109_de.pdf

Abschlussbericht zum 7. Forschungsrahmenprogramm 2007-2013 veröffentlicht

Die Kommission hat am 25. Januar 2016 den Abschlussbericht zum Siebten Rahmenprogramm Forschung veröffentlicht. Die Bewertung basiert auf den Ergebnissen einer unabhängigen Expertenkommission. Als Vorläufer des EU-Forschungsprogramms "Horizont 2020" stand dem 7. FRP für den Zeitraum von 2007-2013 ein Gesamtvolumen von 55 Mrd. € zur Verfügung. Hauptziele des 7. FRP waren die Förderung gemeinsamer Forschung, die Mitwirkung kleiner und mittelgroßer Unternehmen sowie die Reduzierung administrativen Aufwands. Im Rahmen des Programms wurden mehr als 25.000 Projekte gefördert, wovon die Hälfte noch nicht abgeschlossen und einer Evaluierung daher noch nicht zugänglich ist.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-145_de.htm

Bericht: http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/fp7-ex-post_evaluation/commission communication 1 en act part1.pdf

Europäische Kulturhauptstädte 2016 - Wrocław und San Sebastian

Wrocław (Polen) und San Sebastian (Spanien) sind die Europäischen Kulturhauptstädte im Jahr 2016. Im polnischen Wrocław wurde das offizielle Kulturprogramm vom 15. bis 17. Januar mit über 100 Konzerten, Ausstellungen und Shows eröffnet. In San Sebastian in Spanien begann das Kulturhauptstadt-Jahr mit der offiziellen Eröffnungsfeier am 23. Januar. Seit 1985 werden in jedem Jahr Europäische Kulturhauptstädte gekürt. Die Auszeichnung bietet Städten eine gute Gelegenheit, mehr Touristen anzuziehen und ihre Entwicklung über die Kultur voranzutreiben. Studien haben gezeigt, dass die Zahl von Touristen, die eine Stadt besuchen, im Durchschnitt um 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigt, wenn eine Stadt Europäische Kulturhauptstadt ist. 2017 werden Aarhus (Dänemark) und Pafos (Zypern) den Titel tragen, im Jahr darauf Valletta (Malta) und Leeuwarden (Niederlande).

Pressemitteilung: www.europa.eu/rapid/press-release IP-15-6399 en.htm

20 EU-geförderte Filme auf der diesjährigen Berlinale

Im Festivalprogramm liefen 20 Filme, die mit knapp 1,9 Millionen Euro aus dem EU-Programm "Kreatives Europa" gefördert wurden, darunter fünf mit deutscher Beteiligung. Drei geförderte Filme gewannen einen Bären.

Pressemitteilung: http://www.creative-europe-desk.de/artikel/2016-02-22/Drei-B%C3%A4ren-f%C3%BCr-MEDIA-gef%C3%B6rderte/?id=3312

"Schneewittchen" mit der Deutschen Tanzkompanie in Brüssel

Die am 29. November 2015 aus Sicherheitsgründen abgesagte Kinderveranstaltung mit der Deutschen Tanzkompanie wurde am 24. Januar 2016 vor fast ausverkauftem Haus (knapp 900 Kinder und Erwachsene) im Theater St. Michel nachgeholt.

8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Landesplanung

Überarbeitung der Regeln für Infrastrukturbeihilfen in Häfen und Flughäfen

Die Generaldirektion Wettbewerb hat am 10. Februar 2016 einen Fahrplan verabschiedet, der die Anwendung der EU-Beihilferegeln vereinfachen, die bestehende Entscheidungspraxis kodifizieren, Meldepflichten abschaffen und Kostenersparnisse erzielen soll. Dazu beabsichtigt die Kommission, Häfen und Flughäfen in die Allgemeine Gruppenfreistellung (AGVO) im EU-

Wettbewerbsrecht einzubeziehen. Voraussetzung für eine entsprechende Änderung der AGVO sei eine ausreichende Fallpraxis.

Nach dem Wettbewerbsrecht sind Mitgliedsstaaten verpflichtet, staatliche Beihilfen – dazu können bestimmte Infrastrukturinvestitionen in Häfen zählen – von der Kommission vorab genehmigen zu lassen. Mit der Einbeziehung von Häfen in die AGVO könnte die Notifizierungspflicht unter bestimmten Voraussetzungen entfallen. Damit könnten Hafenprojekte schneller und billiger umgesetzt werden. Die Kommission will dazu zwei öffentliche Anhörungen durchführen und die Mitgliedsstaaten der EU konsultieren. Der Fahrplan enthält jedoch keine Einzelheiten zur konkreten Ausgestaltung einer überarbeiteten AGVO und auch keine konkreten zeitlichen Angaben.

Fahrplan: http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2017 comp 002 gber en.pdf

Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Bericht zum Hafenpaket an

Am 25. Januar 2016 hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments dem Berichtsentwurf zum 3. Hafenpaket zugestimmt. Kernelemente des Berichts sind die finanzielle Transparenz der Häfen, aber auch neue Vorschriften über Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmern in Häfen sowie die Stärkung des sozialen Dialogs. Wie schon der Rat hat auch das EP den ursprünglichen Kommissionsvorschlag deutlich entschärft und etwa Lotsen- und Ausbaggerungsdienste herausgenommen (zum Kommissionsvorschlag siehe Briefing vom August 2013, zur Position des Rates siehe Briefing vom November 2014). In Bezug auf das Beihilferecht verlangt das Parlament von der Kommission Klarstellungen zum Begriff der Hafeninfrastruktur und eine Einbeziehung von Hafeninfrastruktur in die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung mit angemessenen Schwellenwerten. Über den Bericht wird das EP-Plenum am 8. März 2016 abstimmen. Anschließend beginnen die Verhandlungen mit dem Rat.

Bericht: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-

%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bREPORT%2bA8-2016-

0023%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE#title1

Zweite Ausschreibungsrunde Connecting Europe deutlich überzeichnet

Am 16. Februar 2016 endete die zweite Ausschreibungsrunde der Connecting Europe Fazilität (CEF). Insgesamt 427 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 12,96 Mrd. € bewerben sich um Fördermittel in Höhe von 7,56 Mrd. €. Bis Ende Juli 2016 sollen die förderwürdigen Projekte ermittelt werden.

Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/inea/en/news-events/newsroom/almost-%E2%82%AC13-billion-requested-cef-transport-projects

Kommission will Vorschriften zur Zulassung und Überwachung von PKW verschärfen

Am 27. Januar 2016 hat die Kommission eine grundlegende Überarbeitung des Typgenehmigungssystems der EU vorgeschlagen. Die bereits länger laufenden Vorarbeiten an diesem Vorschlag wurden durch die jüngsten Abgas-Skandale beschleunigt. Die Neuregelung soll für eine bessere Durchsetzung der Sicherheits-, Umwelt- und Herstellungsanforderungen in der EU sorgen. Nach den derzeitigen Regelungen sind allein die nationalen Behörden zuständig, die Typenzulassung neuer Fahrzeuge zu erteilen und die Einhaltung der EU-Vorschriften durch die Hersteller zu überwachen. Der Vorschlag sieht eine stärkere europäische Aufsicht vor, von der sich die Kommission mehr Unabhängigkeit bei den Fahrzeugprüfungen verspricht. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung wird beibehalten. Die vorgeschlagene Verordnung soll Verbesserungen in drei wichtigen Bereichen bewirken:

- Stärkere Unabhängigkeit und bessere Qualität bei den Prüfungen: Die Mehrheit der Mitgliedstaaten benennt bisher für die Prüfung und Kontrolle der Übereinstimmung des Fahrzeugs mit den EU-Typgenehmigungsvorschriften technische Dienste, die direkt vom Fahrzeughersteller bezahlt werden. Die Kommission schlägt vor, das Vergütungssystem zu ändern, um finanzielle Verbindungen zwischen technischen Diensten und Herstellern zu vermeiden, die zu Interessenkonflikten führen und die Unabhängigkeit der Prüfungen beeinträchtigen könnten.
- Einführung eines wirksamen Systems für die Marktüberwachung bereits in Betrieb genommener Fahrzeuge: Bei den bisherigen Bestimmungen geht es hauptsächlich um Prüfungen vor der Genehmigung. In Zukunft werden die Mitgliedstaaten und die Kommission Fahrzeuge, die bereits auf dem Markt sind, stichprobenartig prüfen. Die Mitgliedstaaten müssen

- in Zukunft regelmäßig die Funktionsweise ihrer Marktüberwachungstätigkeiten überprüfen und die Ergebnisse öffentlich zugänglich machen.
- Stärkung des Systems der Typgenehmigung durch mehr europäische Aufsicht: Die Kommission wird die Befugnis bekommen, die Benennung von technischen Diensten, die unzulänglich arbeiten und bei der Anwendung der Vorschriften zu nachlässig sind, auszusetzen, einzuschränken oder zu widerrufen.

Das Verbot von <u>Abschalteinrichtungen</u> wird beibehalten, und die nationalen Behörden sind verpflichtet, dieses Verbot zu überwachen und durchzusetzen.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release IP-16-167 de.htm

Verordnungsentwurf: http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:587d0b4f-c5aa-11e5-a4b5-01aa75ed71a1.0009.02/DOC_1&format=PDF

EP lässt Grenzwerte für Dieselemissionen passieren

Das Europäische Parlament hat am 3. Februar 2016 die Durchführungsverordnung der Kommission über Messverfahren und Toleranzen bei Diesel-Emissionen (siehe Briefing vom Dezember 2015) passieren lassen. Die Empfehlung des Umweltausschusses, gegen die Maßnahme ein Veto einzulegen, wurde vom Plenum mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Kritiker hatten vor allem moniert, dass mit den vorgesehenen Toleranzen die bereits 2007 von Rat und Parlament beschlossene (schrittweise) Verschärfung der Grenzwerte vor allem für Stickoxide außer Kraft gesetzt werde. In der Abstimmung setzte sich die Auffassung durch, dass mit der Maßnahme immerhin weitere Reduktionen festgeschrieben würden; die Grenzwerte seien mit den derzeitigen Technologien nicht einzuhalten.

Text der (abgelehnten) Entschließung: http://www.europarl.europa.eu/sides/get-Doc.do?type=MOTION&reference=B8-2016-0040&language=DE

EU zu über 50 % von Energieimporten abhängig

Die Energieabhängigkeit der EU belief sich im Jahr 2014 auf 53,4%. Von den fünf Mitgliedstaaten mit dem höchsten Energieverbrauch waren das Vereinigte Königreich (45,5%) und Frankreich (46,1%) am wenigsten auf Energieimporte angewiesen, deutlich weniger als Deutschland (61,4%), Spanien (72,9%) und Italien (75,9%)

Pressemitteilung Eurostat: http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7150368/8-04022016-AP-DE.pdf/d4515435-bb1d-407a-b312-60cb85a979c7

Energie-Winterpaket: Schwerpunkt auf Versorgung mit Gas

Die Kommission hat am 16. Februar 2016 das sogenannte Energie-Winterpaket vorgelegt. Dieses sieht eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung vor, insbesondere im Gassektor. Dazu gehören:

- ein Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung
- ein Beschluss über zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich
- eine Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas und
- eine Strategie zur Wärme- und Kälteerzeugung

Wegen der Abhängigkeit von Lieferanten aus Drittländern will sich die EU vor <u>Störungen der Gasversorgung</u> besser schützen. Der Vorschlag sieht daher ein effizienteres Konzept für die Prävention und die Reaktion auf mögliche Versorgungskrisen vor. Dafür sollen benachbarte Mitgliedstaaten in definierten "Regionen" stärker zusammenarbeiten (Deutschland bildet mit Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei eine solche Region). Sie sollen gemeinsame Risiken bewerten und sich im schweren Krisenfall gegenseitig helfen.

<u>Energieabkommen</u> der Mitgliedstaaten mit Drittstaaten, die für die Gasversorgungssicherheit relevant sind, sollen vorab durch die Kommission geprüft werden, ob sie den Anforderungen des europäischen Wettbewerbsrechts und des Energiebinnenmarkts entsprechen. Die Auflage gilt nicht nur für Abkommen zwischen Staaten, sondern auch für kommerzielle Abkommen, wenn der Marktanteil einen bestimmten Prozentsatz überschreitet.

Mit der <u>Flüssiggas-Strategie</u> sollen alle Mitgliedstaaten Zugang zu Flüssigerdgas (Liquified Natural Gas, LNG) erhalten. Dazu sollen die Infrastruktur ausgebaut, der Erdgasbinnenmarkt vollendet und sowie die Vorschriften für die grenzüberschreitende Nutzung von Speicheranlagen überarbeitet werden.

Auf die <u>Kälte- und Wärmeerzeugung</u> entfallen rund 50% des Jahresenergieverbrauchs in der EU. Hauptverbraucher sind Gebäude und industrielle Prozesse, insb. in der energieintensiven

Produktion. Die Strategie soll die Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden und der Industrie optimieren. Dazu kündigt die Kommission für die zweite Hälfte 2016 Vorschläge u.a. zur Überarbeitung von Energieeffizienz- und Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie sowie der Richtlinie über Erneuerbare Energien und die Vorlage einer Initiative für die Neugestaltung des Strommarktes an.

Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-307_de

9. Beschäftigung, Soziales, Jugend, Gesundheit

EuGH: Keine Grundsicherung für EU-Ausländer in den ersten drei Monaten

Mit einem Urteil vom 24. Februar 2016 in der Rechtsache 299/14 hat der Europäische Gerichtshof seine jüngste Rechtsprechung bestätigt, dass die Mitgliedstaaten berechtigt sind, Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten in den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes die Zahlung bestimmter Sozialleistungen zu verweigern. Im konkreten Fall ging es um Grundsicherung nach dem SGB II. Eine Einzelfallprüfung sei nach der Unionsbürger-Richtlinie (2004/38/EG) nicht erforderlich.

Pressemitteilung: http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-02/cp160018de.pdf

EuGH: Wohnsitzauflage für Personen mit subsidiärem Schutzstatus

Mit Urteil vom 1. März 2016 (Rechtssachen 443 und 444/14) hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass bei Personen mit subsidiärem Schutzstatus eine Wohnsitzauflage zulässig ist, wenn sie in stärkerem Maß mit Integrationsschwierigkeiten konfrontiert sind als andere Personen, die keine EU-Bürger sind und sich rechtmäßig in dem betreffenden Mitgliedstaat aufhalten. Eine solche Auflage nur aus Gründen einer ausgewogeneren Lastenverteilung bei den Sozialleistungen ist nach Auffassung des EuGH nicht vereinbar mit der einschlägigen Richtlinie (2011/95). Die Entscheidung erfolgte auf Vorlage des Bundesverwaltungsgerichts. Pressemitteilung: http://curia.europa.eu/icms/upload/docs/application/pdf/2016-

03/cp160022de.pdf

Europäische Säule sozialer Rechte soll Arbeitnehmerschutz ergänzen

Die Europäische Säule sozialer Rechte war am 27. Januar 2016 Gegenstand einer ersten Orientierungsdebatte der Kommission. Dieses im Arbeitsprogramm der Kommission angekündigte Vorhaben soll die bestehenden Arbeitnehmerrechte ergänzen und den veränderten Realitäten in den europäischen Gesellschaften und in der Arbeitswelt Rechnung tragen. Die Initiative soll innerhalb des Euro-Raums beginnen, andere EU-Mitgliedstaaten können sich anschließen. Die Kommission will in den nächsten Wochen eine breit angelegte Konsultation beginnen und Sozialpartner, nationale, regionale und lokale Behörden und die Zivilgesellschaft in den Prozess einbinden.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13953_de.htm

Europäischer Berufsaufweis: Mehr Mobilität beim Arbeiten in Europa

Seit dem 18. Januar 2016 ist die Verordnung über die Einführung des Europäischen Berufsausweises (EBA) für eine erste Gruppe von Berufen anwendbar (Krankenpflegepersonal, Apothekern, Physiotherapeuten, Bergführer und Immobilienmakler). Damit können sie ihren Beruf in einem anderen EU-Land leichter ausüben. Der EBA ist ein elektronisches Verfahren für die Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Er ist der Nachweis dafür, dass alle Verwaltungskontrollen durchgeführt und die Berufsqualifikationen vom Aufnahmeland anerkannt wurden oder dass die Voraussetzungen erfüllt sind, vorübergehend in einem anderen EU-Land Dienstleistungen zu erbringen. Ein Warnmechanismus stellt sicher, dass Patienten und Verbraucher in der EU ausreichend geschützt sind.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13933_de.htm

Text der Verordnung: http://eur-lex.europa.eu/legal-con-

tent/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015R0983&from=EN

EU-Versicherungsaufsicht sieht Finanzierungslücken bei Betriebsrenten

Die Europäische Aufsichtsbehörde für Versicherungen und betriebliche Altersversorgung (El-OPA) gab am 26. Januar 2016 die Ergebnisse eines Stresstests bei Betriebsrenten bekannt.

Danach beträgt die Finanzierungslücke zwischen den Vermögenswerten und den Verpflichtungen der betrieblichen Altersversorgungskassen beim schärfsten Szenario 773 Milliarden EUR. Dazu hat die Behörde in 17 Ländern (darunter Deutschland, Belgien und Österreich) einen Absturz der Zinsen und Vermögenswerte sowie einen Anstieg der Inflation simuliert. Schon bei den bisherigen Zinsen und Vermögenswerten fehlten 428 Milliarden Euro. können jedoch die betroffenen Unternehmen die Lücken aus eigenen Mitteln schließen oder die Regeln für die Rentenzusagen ändern.

Pressemitteilung (englisch): https://eiopa.europa.eu/Pages/News/Results-of-the-first-EU-stress-test-for-occupational-pensions.aspx

Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit vom EP gebilligt

Das Parlament hat am 2. Februar 2016 dem Plan zur Einrichtung einer "Europäischen Plattform" zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit zugestimmt. Mit der Plattform soll der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der nationalen Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verbessert werden.

Empfehlung zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt

Der Rat verabschiedete am 15. Februar 2016 die Empfehlung zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt (siehe Briefing vom Oktober 2015). Danach soll bei allen Arbeitsuchenden, die seit mehr als 12 Monaten ohne Beschäftigung sind, eine individuelle Bestandsaufnahme vorgenommen werden. Außerdem sollten die Arbeitslosen, bevor sie 18 Monate lang ohne Arbeit sind eine schriftliche Wiedereinstiegsvereinbarung bekommen, die ihnen einen konkreten und auf sie persönlich abgestimmten Plan für die Rückkehr in die Beschäftigung anbietet.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr releases/14014 de.htm
Text: http://ec.europa.eu/doc/document/ST-15107-2015-INIT/de/pdf

Gründung des Europäischen Medizinischen Korps

Am 15. Februar 2016 ist als Reaktion auf die Ebola-Epidemie das Europäische Medizinische Korps eingerichtet worden. Es soll zur besseren Mobilisierung von Teams aus medizinischen Fachkräften und Gesundheitspersonal sowie entsprechender Ausrüstung für den Einsatz bei Notfällen innerhalb und außerhalb der EU beitragen. Das Europäische Medizinische Korps ist Teil der Europäischen Notfallbewältigungskapazität, die bereits im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens eingerichtet wurde. Der Einsatz wird vom Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) koordiniert. Bislang haben neun Mitgliedstaaten (BE, LU, ES, DE, CZ, FR, NL, FI, SE) Teams und Ausrüstung für das Europäische Medizinische Korps zur Verfügung gestellt.

Pressemitteilung: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/14008_de.htm

Sicherheitsmerkmale für Verpackungen von Arzneimitteln

Am 9. Februar 2016 ist eine delegierte Verordnung der Kommission über Sicherheitsmerkmale auf Verpackungen von Arzneimitteln im Amtsblatt veröffentlicht worden. Danach müssen Medikamente durch individuelle Erkennungsmerkmale und Vorrichtungen gegen Manipulationen und Fälschungen geschützt werden. So soll die Verbreitung von falschen Arzneimitteln, die von niedriger Qualität sind oder falsche Wirkstoffen enthalten, bekämpft werden. Die Mitgliedstaaten sollen die Verordnung spätestens ab dem 9. Februar 2025 anwenden.

Verordnung: http://eur-lex.europa.eu/legal-con-

tent/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0161&from=EN

10. Meerespolitik, Ostsee

Vorstandssitzung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen in Haarlem

Am 19. Februar 2016 tagte der Vorstand der Konferenz der Peripheren Küstenregionen (KPKR) in Haarlem (Provinz Noord-Holland). Wichtigste Themen waren der mittelfristige Fi-

nanzrahmen der EU, der EU-Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen, Verkehr und Meeresangelegenheiten. Zum MFR stand der Vorsitzende des EP-Haushaltsausschusses Jean Arthuis, zu den maritimen Themen ein Vertreter der aktuellen niederländischen Ratspräsidentschaft als Gesprächspartner zur Verfügung. Die Sitzung diente der Debatte über vom Sekretariat vorgelegte Positions- und Sachstandspapiere; Entscheidungen standen nicht an. Die nächste Sitzung findet am 17. Juni 2016 in Kymenlaatsko (Finnland) statt, die Generalversammlung vom 2.-4. November 2016 in Ponta Delgada (Azoren, Portugal).

Tagesordnung und alle Unterlagen: http://www.cpmr.org/index.php?act=6,1,2,471

Abschlusskonferenz des Projekts "Vasco da Gama" in Brüssel

Am 1. März 2016 fand in Brüssel die Abschlusskonferenz des Projekts Vasco da Gama statt. Die Konferenz sollte bereits im November 2015 ausgerichtet werden, musste aber wegen der Sicherheitslage kurzfristig abgesagt werden. Gegenstand des von der Kommission geförderten Projekts unter der Leitung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen (KPKR) war die Zusammenarbeit in der maritimen Ausbildung, wobei ein Schwerpunkt auf einer stärkeren Sensibilisierung für Umweltgesichtspunkte in der nautischen Ausbildung lag. Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern war das Maritime Simulationszentrum der Hochschule Wismar. Die Projektpartner stellten ihre Beiträge in der Konferenz vor, wobei auch die Studenten und Auszubildenden, die teilgenommen hatten, zu Wort kamen, Mecklenburg-Vorpommern hatte zusammen mit der Region Bretagne die Aufgabe, für die Bedeutung maritimer Berufe auf regionaler Ebene zu werben. MdL Jochen Schulte als Vertreter des Landes würdigte das Projekt und forderte dazu auf, die gewonnenen Erfahrungen und Kontakte für weitere Aktivitäten in diesem Bereich zu nutzen. Dazu biete der Rahmen der KPKR gute Voraussetzungen. Die Chancen für "Blaues Wachstum und blaue Arbeitsplätze" könnten nur genutzt werden, wenn die dafür erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dafür seien gerade die Regionen gefordert. Diesen Appell richtete MdL Schulte ausdrücklich auch an Mecklenburg-Vorpommern selbst.

Internetseite Vasco da Gama: http://www.vasco-da-gama.eu/

Kommission kündigt Ausschreibung für "Blaues Wachstum" an

Die Kommission hat am 2. Februar 2016 eine Ausschreibung über 7,5 Mio. EUR angekündigt, mit der "blaue Projekte" in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2016 unterstützt werden sollen. Die mit 3,45 Mio. Euro ausgestattete Ausschreibung "Blue careers in Europe" soll Industrie und Bildungs-/Ausbildungseinrichtungen zusammenbringen, um berufliche Fähigkeiten zu verbessern und Karriereperspektiven in der blauen Wirtschaft zu entwickeln. Damit soll eine neue Generation von Studenten, Wissenschaftlern, Technikern und Unternehmern herangezogen werden, die den künftigen Anforderungen in diesem Bereich gerecht werden.

Ankündigung: http://ec.europa.eu/newsroom/mare/itemdetail.cfm?subweb=342&lang=en&item_id=28773

Kommission stellt Konsultationsergebnisse zur Meeres-Governance vor

Die Kommission hat am 2. Februar 2016 die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zur internationalen Meeres-Governance vorgestellt. Danach wird in fast allen Beiträgen das derzeitige weltweite Rahmenwerk als unzureichend angesehen. Dies zeige sich in zunehmenden Umweltschäden und in Überfischung. Die Kommission will hierauf in den kommenden Monaten mit einer internationalen Initiative reagieren. Die KPKR hat sich an der Konsultation beteiligt. http://ec.europa.eu/dgs/maritimeaffairs_fisheries/consultations/ocean-governance/in-dex_de.htm

11. Medien, Digitaler Binnenmarkt

Besserer Internetzugang für Mobilfunkdienste

Die Kommission hat am 2. Februar 2016 einen Beschluss für die Nutzung des Ultrahochfrequenzbands (UHF, 470–790 MHz) zur nachhaltigen Verbesserung des mobilen Internetzugangs in Europa vorgeschlagen. Dieses Band kann die Internetanbindung auch in ländlicheren Regionen verbessern. Bis 2020 sollen mehr Frequenzen für Mobilfunkdienste bereitgestellt werden. Das Frequenzband wird gegenwärtig vor allem für die Fernsehausstrahlung genutzt.

Der Beschluss legt im 700-MHz-Band einen gemeinsamen Zeitplan für die effektive Bereitstellung für drahtlose Breitbanddienste unter harmonisierten technischen Bedingungen mit entsprechenden Koordinierungsmaßnahmen zur Unterstützung der Umstellung fest. Im UHF-Band unter 700 MHz soll eine langfristige Priorität für die Verbreitung audiovisueller Mediendienste für die breite Öffentlichkeit mit einem flexiblen Frequenznutzungsansatz für die Ausstrahlung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DTT) beschlossen werden. In Frankreich und Deutschland ist bereits die Nutzung des 700-MHz-Bands für Mobilfunkdienste genehmigt. Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://eur-lex.europa.eu/legal-con-http://europa.eu/legal-co

tent/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2016:43:FIN&from=EN

Ergebnisse der Konsultation zu Standards im digitalen Binnenmarkt

Die Kommission veröffentlichte am 5. Februar 2016 die Ergebnisse der Konsultation zu Standards im digitalen Binnenmarkt (siehe Briefing vom Oktober 2015). Bei der vom 23. September 2015 bis 4. Januar 2016 laufenden Konsultation waren insgesamt 156 Beiträge eingegangen. Die Beiträge hoben aus Sicht der Kommission mehrheitlich auf die große Bedeutung einer schnellen Standardisierung und Normierung im digitalen Binnenmarkt ab. Als vorrangig wurden die Bereiche Cybersicherheit, Datensicherheit, Cloud und Digitalisierung genannt. Auswertung der Konsultation: https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/contributions-and-preliminary-trends-public-consultation-standards-digital-single-market

Vorläufige Ergebnisse der Konsultation zum eGovernment Aktionsplan

Die Kommission hat am 23. Februar 2016 eine erste Auswertung der zwischen Oktober 2015 und Januar 2016 durchgeführten öffentlichen Konsultation zum "eGovernment-Aktionsplan 2016-2020" (siehe Briefing vom Dezember 2015) vorgelegt. An der Konsultation haben sich vor allem einzelne Bürger beteiligt. Die meisten der insgesamt 365 Teilnehmer legen Wert darauf, dass die Dienste für alle zugänglich und transparent sind und den vollen Schutz persönlicher Daten garantieren. Besonders wichtig ist auch, dass Daten der öffentlichen Verwaltung nur einmal zur Verfügung gestellt werden müssen und nicht bei jedem Antrag aufs Neue. Die vollständige Auswertung will die Kommission Ende März veröffentlichen; der angekündigte Aktionsplan soll im April folgen.

Auswertung (englisch): https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/contributions-and-preliminary-trends-public-consultation-egovernment-action-plan-2016-2020

12. Ausschuss der Regionen

116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 10. bis 11. Februar 2016 fand in Brüssel die 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen statt. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch MdL Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages, vertreten. Gäste waren Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, Kommissarin Corinna Creţu, Kommissar Tibor Navracsics und Ronald Plasterk, niederländischer Minister für Inneres und Angelegenheiten des Königreichs. Im Plenum sind u.a. folgende Themen behandelt worden: Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt; Altersgerechter Tourismus; EU-Rahmenregelung für die Datenerhebung im Fischereisektor; Innovation und Modernisierung der ländlichen Wirtschaft; Indikatoren für die territoriale Entwicklung – über das BIP hinaus; Entwurf einer Entschließung zu den Gefahren für den grenzfreien Schengen-Raum und Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa.

Tagesordnung: https://toad.cor.europa.eu/AgendaConvoca-

tion.aspx?pmi=RmFYXXWy9u8IZ7pSi4%2fGZUmyxsAZDhjNdLxAYnYqvwQ%3d&ViewDoc=true

Pressemitteilung des Landtages: https://www.landtag-mv.de/landtag/gremien/blickpunkt-eu-ropa.html#c6422

13. Laufende Konsultationen (wenn nicht im Text erwähnt)

Beschäftigung und Soziales:

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020

22.12.2015 - 18.03.2016

Öffentliche Konsultation zum Mobilitätsprogramm "Dein erster EURES-Arbeitsplatz" (DEEA) und zu möglichen künftigen EU-Maßnahmen zur Förderung der Mobilität junger Arbeitskräfte innerhalb der EU

22.01.-22.04.2016

Konsultation zu Ex-post-Bewertung des EU-Sozialfonds im Programmplanungszeitraum 2007–2013

03.02.-27.04.2016

Konsultation über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen (Richtlinie 91/533/EWG – "Richtlinie über die schriftliche Erklärung")

26.01.-20.04.2016

Umwelt:

Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Umgebungslärm

21.12.2015 - 28.03.2016

Konsultation über die Funktionsweise der Versteigerungsverordnung gemäß dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (EU ETS).

22.12.2015 - 15.03.2016

Maritime Angelegenheiten und Fischerei:

Konsultation zur Fischereikontrollverordnung

18.12.2015 - 13.03.2016

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung

15.12.2015 - 08.03.2016

Binnenmarkt:

Bewertung und Modernisierung des Rechtsrahmens für die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten

09.12.2015 - 01.04.2016

Verkehr:

Konsultation der Interessenträger zur Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr

09.02.2016-05.05.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Öffentliche Konsultation zur vertraglichen öffentlich-privaten Partnerschaft für Cybersicherheit und zu möglichen Begleitmaßnahmen

18.12.2015 – 11.03.2016

Öffentliche Konsultation der Interessenträger zur nächsten Phase der Zusammenarbeit EU-USA bei elektronischen Gesundheitsdiensten / IKT im Gesundheitswesen

22.12.2015 - 15.03.2016

Energie:

Überarbeitung der Melde- und Verfahrensvorschriften auf der Grundlage der Artikel 41 bis 44 Euratom-Vertrag

03.11.2015 - 27.10.2016

Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Unternehmen, Binnenmarkt:

Konsultation zu einer etwaigen Beschränkung gemäß Artikel 68 Absatz 2 der Verordnung 1907/2006 (REACH) von gefährlichen chemischen Stoffen (CMR 1A und 1B) in Textil- und Kleidungsartikeln, die von Verbrauchern verwendet werden.

22.10.2015 - 22.03.2017

Bank- und Finanzwesen, Justiz und Grundrechte:

<u>Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden: bessere Produkte, mehr Auswahl und neue Aussichten für Verbraucher und Unternehmen</u>

10.12.2015 - 18.03.2016

14. Terminvorschau

15.03.2016	Besuch St WM in Brüssel mit Präsentation Usedom
17./18 03.2016	Europäischer Rat
07./08.04.2016	117. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel
13.04.2016	Nächstes EU-Briefing
26.04.2016	Präsentation Wendelstein 7X in Brüssel
28./29.04.2016	Europaministerkonferenz in Brüssel